

Antrag Nr. 07

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International (KOMintern)
an die 174. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 11.11.2020**

Corona-Krise nutzen, um sozial-ökologische Krise zu überwinden!

Die Covid-19-Pandemie trifft auch die österreichische Wirtschaft mit voller Härte. Eine Krisenbewältigung, die den Status Quo wiederherstellen soll, die auf ein „weiter wie bisher“ hinausläuft, kann und darf keinesfalls die Lösung sein! Schon während der Bewältigung der großen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 wurde verabsäumt, die dringend notwendigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Der extremen Ungleichverteilung von Einkommen und v.a. Vermögen wurde als direkte Krisenursache ebenso wenig entgegengetreten, wie den deregulierten Finanzmärkten und Außenhandelsungleichgewichten. Verluste aus zuvor reichlich geflossenen Profiten wurden sozialisiert und die auf deren Basis anschließend entstandenen Gewinne wanderten wieder in die Taschen der Konzerne und AktionärInnen. Umwelt- und klimapolitisch war das Ergebnis des Krisenmanagements ein weiteres verlorenes Jahrzehnt. Das darf kein weiteres Mal passieren! ArbeitnehmerInnen und breite Bevölkerungsschichten dürfen kein weiteres Mal zur Kasse gebeten werden, um die Krisenkosten zu finanzieren! Gleichzeitig muss die Wirtschaftsstruktur und das Niveau unserer Wirtschaftsleistung mit dem Ziel der Beschränkung der Klimaerhitzung auf + 1,5 °C vereinbar sein. Werden erstmal Kippunkte überschritten, wird der Klimawandel zum Selbstläufer und bedroht bzw. vernichtet schließlich auch die Grundlagen menschlicher Zivilisation.

Entsprechend dem von Fridays for Future initiierten und breit unterstützten Klima-Corona-Deal gilt es, einen klimagerechten Gesellschaftsvertrag umzusetzen, die sozial-ökologische Transformation einzuleiten, eine regionale und kohlenstoffarme Wirtschaft aufzubauen und Staatshilfen an die Erreichung des 1,5°-C-Ziels zu knüpfen. Konjunkturpakete und Investitionsprogramme müssen vorrangig in klimaneutrale Bereiche und Zukunftsbranchen fließen oder den Umbau klimaschädlicher Sektoren sowie den wirtschaftlichen Strukturwandel unterstützen. Die Kosten der Krise und des notwendigen sozial-ökologischen Umbaus des Wirtschaftssystems dürfen nicht auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden!

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- **Eine sozial und ökologisch nachhaltige Umstellung der Produktion, einen Wandel hin zu nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen (naturverträglicher Ausbau sauberer, erneuerbarer Energien; Ausbau des öffentlichen Verkehrs; Erweiterung des Schienen- statt des Straßennetzes; Stärkung der Gesundheits- und Sozialberufe; sozialer Wohnbau und Gebäudesanierung; nachhaltige Landwirtschaft für gesunde, qualitätsvolle und leistbare Lebensmittel; Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden und Industrie; Abwärmenutzung, etc.)**

- **Staatliche, regionale, kommunale und genossenschaftliche Produktion systemrelevanter Güter und Dienstleistungen**
- **Sozial ausgestalteter und gesellschaftlich gesteuerter ökologischer Strukturwandel in der Arbeitswelt (Umqualifizierung, Re-Qualifizierung, Weiterbildungsmaßnahmen und Beschäftigungsinitiativen)**
- **Weitreichende Arbeitszeitverkürzung**
- **Regionalisierung des Wirtschaftssystems und Wiederansiedelung global verlegter Branchen, um Transportwege zu reduzieren und Arbeitsplätze zu schaffen**
- **Nachhaltige und umfassende Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und Basisvorsorge**
- **Progressive vermögensbezogene Steuern (inkl. Substanzbesteuerung an der Spitze der Verteilung)**
- **Stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Gewinnen**
- **Sozial-ökologische Steuerreform mit umweltbezogenen Abgaben**
- **Keine Senkung der Steuer- und Abgabenquote**
- **Keine Senkung der KSt oder KESt auf begünstigte Wertpapiere**
- **Konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung**
- **Auflegen langfristiger Anleihen für sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig